**Anregungen und Hinweise
zur Ausweisung des Naturschutzgebietes**

„Markatal“
Stand: 30.07.2018

Keine Hinweise und Anregungen

Wintershall Holding GmbH, Stellungnahme vom 18.05.2018

Westnetz GmbH, Regionalzentrum Osnabrück, Stellungnahme vom 14.05.2018

Bauamt, Landkreis Cloppenburg, Stellungnahme vom 11.05.2018

Niedersächsischer Heimatbund e.V., Stellungnahme vom 15.05.2018

Nord-West Oelleitung GmbH, Stellungnahme vom 09.05.2018

TenneT TSO GmbH, Stellungnahme vom 20.03.2018

Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, Landkreis Cloppenburg, Stellungnahme vom 19.03.2018

EWE Netz GmbH, Stellungnahme vom 14.03.2018

ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Stellungnahme vom 14.03.2018

Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, Stellungnahme vom 12.03.2018

Nowega GmbH, Stellungnahme vom 19.03.2018

Straßenverkehrsamt, Landkreis Cloppenburg, Stellungnahme vom 27.03.2018

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Stellungnahme vom 22.03.2018

Zweckverband Erholungsgebiet Thülsfelder Talsperre, Stellungnahme vom 22.03.2018

GASCADE Gastransport GmbH, Stellungnahme vom 26.03.2018

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
Niedersächsische Landesforsten, Forstamt Ankum, Lindenstraße 2, 49577 Ankum Stellungnahme vom 19.03.2018	
zu § 3 Verbote: Nach § 3 Abs. (1) der NSG- VO werden folgende Handlungen untersagt: Nr. 8. „Hunde frei laufen zu lassen“; Zwar ist der Einsatz von Jagdhunden bereits im Rahmen der Freistellung der ordnungsgemäßen Jagdausübung erlaubt, es wird aber gebeten, die Freistellung des jagdlichen Hundeeinsatzes an dieser Stelle als deklaratorischen Hinweis aufzunehmen. Das Verbot könnte mit folgendem Zusatz ergänzt werden: „Es ist verboten, Hunde frei laufen zu lassen, ausgenommen hiervon ist der Einsatz von Hunden ihm Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung.“	Der Anregung wird nicht gefolgt. Im Interesse der Lesbarkeit und Klarheit der Verordnung wird auf nicht unbedingt notwendige Textzusätze verzichtet.
Nr. 10. „das NSG mit unbemannten Luftfahrzeugen (z. B. Modellflugzeugen, Drachen, Drohnen) zu befliegen“. Seit einiger Zeit hat sich der ganzjährige Einsatz von Drohnen in den Bereichen des Jagdschutzes, der Land- und der Forstwirtschaft bewährt und ist zu einem etablierten und anerkannten Verfahren geworden. Beispiele können hierbei unter anderem im Bereich der Forstwirtschaft das laufende Monitoring der Kronengesundheit, der Untersuchung des Fraßgeschehens von Schadinsekten, der Flächenerfassung im Rahmen der Biotopkartierung oder der Forsteinrichtung sein. Des Weiteren können im Bereich des Jagdschutzes Drohnen für das Befliegen von Grünlandflächen vor der Mahd zum Aufspüren von Rehkitzen eingesetzt werden, um diese vor dem Mähtod zu bewahren. Ein Verbot der Drohneneinsätze für den Freizeitbereich ist nachvollziehbar. Folgende Formulierung wird daher empfohlen: ...„das NSG mit unbemannten Luftfahrzeugen zu befliegen. Hiervon sind Maßnahmen im Rahmen des Jagdschutzes und der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft ausgenommen“.	Der Anregung wird nicht gefolgt, da die erbetenen Regelungen bereits von dem vorhandenen Verordnungstext abgedeckt werden. Eine Freistellung der Nutzung von Drohnen zu land- und forstwirtschaftlichen Zwecken oder zum Monitoring ist unter § 4 Abs. 3 Nr. 4 vorhanden. Die Suche nach z.B. Rehkitzen vor der Grünlandmahd ist als Bestandteil der ordnungsgemäßen Landwirtschaft zu werten. Damit sind alle nebenstehend genannten Einsatzgebiete von Drohnen in der Verordnung freigestellt.
§ 4 Freistellungen Abs. (6) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Nutzung der Waldflächen nach guter fachlicher Praxis gemäß § 5 BNatSchG...	Der Anregung wird gefolgt.

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
Diese Formulierung sollte wie folgt geändert werden: „Freigestellt ist die Bewirtschaftung der Waldflächen im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft...“	Der Begriff „Nutzung“ in § 4 Abs. 6 wird durch „Bewirtschaftung“ ersetzt.
Es wird darauf hingewiesen, dass die erforderlichen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (Maßnahmenplanungen) auf den Flächen der Nds. Landesforsten durch die NLF erstellt werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Maßnahmenplanung berücksichtigt.
Hinsichtlich des Verbotes zur Neuanlage von Wildäsungsflächen im Wald wird mitgeteilt, dass innerhalb des Waldes der NLF bereits eine größere Wildäsungsfläche vorhanden ist, deren Fortsetzung und Nutzung als solche auch weiterhin zulässig bleiben muss.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Soweit die Wildäsungsfläche vor Inkrafttreten der Verordnung Bestand hatte, kann diese auch weiterhin als solche genutzt werden.
Jagdbeirat der Jägerschaft Cloppenburg, Sitzungsprotokoll vom 06.04.2018	
Soweit die Anlage von Wildäsungsflächen und Wildäckern in Wäldern nach den Verordnungsentwürfen verboten ist, wird vom Jagdbeirat vorgeschlagen, den Verordnungstext dahingehend zu ändern, dass vor dem Wort „anzulegen“ das Wort „neu“ eingefügt wird, so dass damit klar gestellt wird, dass entsprechende vorhandene Flächen in Wäldern Bestandsschutz genießen und nur die Neuanlage von solchen Flächen verboten ist.	Der Anregung wird gefolgt. § 4 Abs. 6 Ziffer 3 wird wie folgt gefasst: 3. Wildäsungsflächen und Wildäcker in Wäldern neu anzulegen.
Jagdbeirat des Landkreises Emsland, Stellungnahme vom 24.07.2018	
Die Ausweisung dieser Fläche als Naturschutzgebiet wird von den Jägerschaften im Emsland grundsätzlich begrüßt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Im § 3 des Verordnungsentwurfs werden die Verbote genannt und Handlungen aufgeführt, die zukünftig untersagt werden. Im § 4 werden die Freistellungen und Regelungen einschließlich der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd aufgeführt. Für die Ausübung der Jagd werden aber gem. § 4 Absatz 7, Ausnahmen vorgenommen. Danach bleibt zwar zunächst die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd unberührt, eine Ausnahme besteht aber für die Anlage von Fütterungen oder	Die nebenstehenden Hinweise zur Auslegung des Verordnungstextes sind korrekt.

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Kirrungen sowie die Errichtung von nicht fest mit dem Boden verbundenen Hochsitzen und Ansitzleitern. Damit sind Kirrungen und feste jagdwirtschaftliche Einrichtungen (wie z.B. Hochsitze) in dem NSG verboten.</p>	
<p>Der Jagdbeirat fordert die uneingeschränkte Freistellung der Jagd und des Jagdschutzes (i. S. von § 1 Abs. 4 und 5 des Bundesjagdgesetzes) und weist darauf hin, dass die Fütterung von Wild durch das Jagdrecht geregelt wird und grundsätzlich verboten ist (Ausnahme Notzeit). Bei Kirrungen wird insbesondere im Hinblick auf die ASP (Afrikanische Schweinepest) auf deren Notwendigkeit hingewiesen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Absätze 4 und 5 des § 1 Bundesjagdgesetz regeln die Jagd hinsichtlich des grundsätzlichen Rechts des Jägers, das Wild aufsuchen, ihm nachzustellen, es zu erlegen und zu fangen sowie es sich anzueignen. Diese grundlegenden Rechte werden durch die Verordnung nicht eingeschränkt. Es werden lediglich kleinteilig Reglementierungen getroffen bezüglich der Ansinzeinrichtungen und der Anlage von Fütterungen oder Kirrungen.</p> <p>Mit den zur Gestaltung von Ansinzeinrichtungen getroffenen Festlegungen wird gewährleistet, dass Ansinzeinrichtungen, soweit diese an störungsempfindlichen Stellen errichtet wurden und somit dem Schutzzweck zuwiderlaufen, mit zumutbarem Aufwand auch wieder entfernt werden können.</p> <p>Bei dem Naturschutzgebiet handelt es sich um Flächen, die durch eine besonders hohe Bodenfeuchte und teilweise durch eine (besondere) Nährstoffarmut bestimmt werden. Die Wertigkeit der Flächen für den Naturschutz hängt im Wesentlichen von diesen Kriterien ab. Kirrungen und Fütterungen bedeuten einen Nährstoffeintrag, der den Schutzziele der Verordnung widerspricht. Vor dem Hintergrund, dass außerhalb des Schutzgebietes ausreichend Flächen für die Anlage von Kirrungen und Fütterungen vorhanden sind, werden diese innerhalb des Schutzgebietes ausgeschlossen.</p> <p>Eine Änderung der Verordnung ist somit nicht erforderlich.</p>
<p>Die Ausübung der Jagd mit Jagdhunden bleibt freizustellen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Gebrauch von Jagdhunden ist grundsätzlicher Bestandteil der ordnungsgemäßen Jagdausübung und unterliegt somit bereits der Freistellung nach § 4 Abs. 7.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>In der Begründung zur Neufestsetzung der Verordnung wird zum Verbot des Aufstellens von fest mit dem Boden verbundenen Hochsitzen keine Begründung seitens der Naturschutzbehörde aufgeführt.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt, die Begründung wird entsprechend den obigen Ausführungen wie folgt ergänzt:</p> <p><i>„Es werden lediglich kleinteilig Reglementierungen getroffen bezüglich der Ansitzeinrichtungen. Mit den getroffenen Festlegungen wird gewährleistet, dass Ansitzeinrichtungen, soweit diese an störungsempfindlichen Stellen errichtet wurden und somit dem Schutzzweck zuwiderlaufen, mit zumutbarem Aufwand auch wieder entfernt werden können.“</i></p>
<p>Gemäß Ziffer 7 des o. g. Rd Erl „sind Ansitzeinrichtungen für die Erfüllung des Schalenwildabschlusses, die Prädatorenkontrolle, eine größtmögliche Sicherheit bei der Abgabe von Schüssen sowie für die jagdliche Beaufsichtigung des Reviers grundsätzlich erforderlich. Soweit Beschränkungen neben § 3 Abs. 2 NJagdG überhaupt erforderlich sind, sind sie regelmäßig auf Vorgaben zum Material und Landschaft angepasster Bauweise und auf eine Anzeigepflicht gegenüber der Naturschutzbehörde hinsichtlich des Standorts zu beschränken.“</p>	<p>Der nebenstehende Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die hinsichtlich der Ansitzeinrichtungen getroffenen Regelungen betreffen ausschließlich den Standort und die Bauweise. Die Errichtung von Ansitzeinrichtungen ist weiterhin möglich.</p>
<p>Der Jagdbeirat bezieht seine Anmerkungen auf den RdErl „Jagd in Naturschutzgebieten vom 7. August 2012 (Nds. MBl. Nr. 29 vom 29.08.2012 S. 662), geändert durch den RdErl vom 20. November 2017 (Nds. MBl. Nr. 46 vom 29.11.2017 S. 1549).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Um auf den Wald- und Forstflächen forstliche, waldbauliche aber auch naturschutzfachliche Ziele zu erreichen, muss in den Waldflächen des Schutzgebietes das Rehwild und auch das Schwarzwild (ASP-Prävention) intensiv bejagt werden. Eine effektive Jagdausübung im Wald wird u. a. auch durch die Anlage von Wildäckern und Wildäsungsflächen aber auch von Kirsungen ermöglicht.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bestandsschutz der Wildäsungsflächen ist sowohl über das NWaldLG als auch über die Verordnung in § 4 Abs. 2 Nr. 2 sichergestellt. Nach den Ausführungen des NWaldLG gehören derartige Wildäsungsflächen zum Wald, so dass das unter § 3 Abs. 1 Nr. 10 formulierte Verbot nicht greift.</p> <p>Die Reglementierung unter § 4 Abs. 6 Nr. 3 bezieht sich somit auf die Neuanlage von Wildäckern oder Wildäsungsflächen. Die Verordnung wird entsprechend klarstellend ergänzt:</p> <p>3. Wildäsungsflächen und Wildäcker in Wäldern neu anzulegen.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Die jetzige Formulierung in § 4 (6) Nr. 3 kann so nicht mitgetragen werden. Im Hinblick auf der „dem Wald dienenden“ Jagd- aber auch Hegefunktion der im Wald gelegenen Wildäsungsflächen und Wildäcker, zählen diese Fläche gemäß § 2 (4) NWaldLG zum Wald. Die Anlage von Wildäckern und Wildäsungsflächen in Waldflächen, die keinen Lebensraumtyp darstellen, ist grundsätzlich freizustellen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Wie oben bereits ausgeführt, bezieht sich die Festlegung ausschließlich auf die Neuanlage von Wildäckern.</p>
<p>Innerhalb der Waldlebensraumtypen ist zu prüfen, ob eine Anzeigepflicht für die Anlage von Wildäckern und – äsungsflächen nicht ausreichend ist. Das grundsätzliche Untersagen von Kirrungen in § 4 (7) kann so nicht mitgetragen werden. Laut Begründung soll das Kirren von Flugwild an Gewässern untersagt werden, nach der jetzigen Formulierung in der Verordnung sind aber auch Kirrungen für Schalenwild z. B. in Waldflächen nicht freigestellt. Eine Regelung zur Kirrung bedarf es nur an den Gewässerlebensräumen. § 4 (7) der VO sollte entsprechend geändert werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Neben den Feuchteverhältnissen sind auch Nährstoffeinträge für die Entwicklung des Gebietes entscheidend. Die Durchführung von Fütterungen oder Kirrungen etc. führt zumindest lokal zu einer Eutrophierung und einer negativen Veränderung der Pflanzenwelt. Der Nährstoffeintrag widerspricht somit grundsätzlich den Schutzziele. Vor dem Hintergrund, dass die Fütterung / Kirrung auch außerhalb des Gebietes möglich ist, wird diese daher im Gebiet im Interesse des Gebietsschutzes ausgeschlossen.</p>
<p>Die derzeitige Regelung in § 3 (1) Nr. 8 in Verbindung mit § 4 (7) des VO-Entwurfes lässt die Aufstellung von fest mit dem Boden verbundenen Hochsitzen im gesamten Schutzgebiet nicht zu. Diese Regelung ist zu weitgehend. In Waldflächen außerhalb von Lebensraumtypen bedarf es keiner Regelung. Für die anderen Flächen erscheint eine Anzeigepflicht ausreichend.</p>	<p>Der Anregung, die Regelung bezüglich der Ansitzeinrichtungen zu streichen, wird nicht gefolgt.</p> <p>In der Verordnung werden lediglich kleinteilig Reglementierungen getroffen bezüglich der Ansitzeinrichtungen. Mit den getroffenen Festlegungen wird gewährleistet, dass Ansitzeinrichtungen, soweit diese an störungsempfindlichen Stellen errichtet wurden und somit dem Schutzzweck zuwiderlaufen, mit zumutbarem Aufwand auch wieder entfernt werden können.“</p>
<p>Privater Einwander (Nr. 1 der Liste) Stellungnahme vom 19.03.2018</p>	
<p>Der Einwander hat Einwände gegen den Vorschlag des Landkreises Cloppenburg, da die von diesem ausgewiesenen Gebiete, welche sich im Eigentum von ihm befinden, aus bewirtschaftetem Ackerland oder bewirtschafteten Weiden bestehen (Flur 20/2). Diese Flächen werden nachweislich seit Generationen bzw. seit ca 300 Jahren evtl. ca 500 Jahren von seiner Familie bewirtschaftet. Das Ackerland ist zur Zeit verpachtet und wird von einem anderen Landwirt bewirt-</p>	<p>Der Anregung, die Schutzgebietsgrenze zu verändern, wird nicht gefolgt.</p> <p>Die angeführten Hinweise zu Eigentum und Nutzung wurden im Rahmen der Gebietsabgrenzung bereits berücksichtigt. Die nebenstehend zur Rede stehenden Flächen sind bereits Bestandteil der bestehenden Schutzgebietsverordnung NSG Markatal. Durch die Anpassung der Verordnung zur</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>schaftet. Hierbei handelt es sich um eine gewöhnliche landwirtschaftliche Nutzfläche, ohne dass eine Schutzbedürftigkeit ersichtlich ist. Der nördliche Teil dieses Flurstücks ist genutztes Weideland, welches auch keine besondere Schutzbedürftigkeit erfährt.</p> <p>Der Einwender akzeptiert keine Restriktionen dieser Flächen hinsichtlich der wirtschaftlichen oder landwirtschaftlichen Nutzung. Daher bittet er den Landkreis Cloppenburg diese Flächen (Flur 20/1 und 20/2) aus dem beabsichtigten Naturschutzgebiet (FFH) Markatal herauszunehmen.</p>	<p>Umsetzung der FFH – Richtlinie ergeben sich keine weitergehenden Nutzungseinschränkungen für diese Fläche. Um eine eindeutige, auch in der Örtlichkeit von jedermann zu erkennende Grenze zu erhalten, verläuft diese entlang des östlich gelegenen Wirtschaftsweges.</p> <p>Die Ackernutzung ist in der zukünftigen Verordnung weiterhin grundsätzlich und vollständig im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung freigestellt, das Verbot des Grünlandumbruchs wird bereits in der bestehenden Verordnung geregelt.</p>
<p>Die Weide (Flur 19), welche sich auch im Eigentum des Einwenders befindet, wurde bis in die 1980er seit Generationen als Weideland u.a. für Schafe genutzt. Auch hier kann von keiner ursprünglichen Naturlandschaft ausgegangen werden. Da diese Weide (Flur 19) seit längerer Zeit nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wird und der Einwender gerne seinen Teil zum FFH Gebiet beitragen möchte, würde er einer Ausweisung dieser Fläche als Naturschutzgebiet (FFH) zustimmen.</p> <p>Im Anhang zu diesem Schreiben findet der Landkreis Cloppenburg bitte den Kompromiss-Vorschlag des der Einwender; Naturschutzgebiet rot schraffiert markiert. Da sich dieses Land seit vielen Generationen im Familienbesitz des Einwenders befindet, hat er ein besonderes Interesse. Es wird um Verständnis gebeten.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehend bezeichnete Fläche ist bereits Bestandteil des bestehenden Naturschutzgebietes und unterliegt schon jetzt dem Schutz nach der bestehenden Verordnung NSG Markatal und dem Schutz des § 30 BNatSchG als gesetzlich geschützter Biotop. Der nebenstehende Vorschlag stellt insofern keinen Kompromiss dar.</p>
<p>Privater Einwender (Nr. 2 der Liste) Stellungnahme vom 10.04.2018</p>	
<p>Der Einwender bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Betrieb. Auf dem Betrieb werden Flächen bewirtschaftet, die direkt an der Marka liegen. Zu einer ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung gehört eine entsprechende Entwässerung der Flächen.</p> <p>Nach der Verordnung ist für die Gewässerunterhaltung die Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich.</p> <p>Der Einwender weist darauf hin, dass der Abfluss auch weiterhin, so wie bisher, gewährleistet sein muss, damit er keine Schäden hinsichtlich seines landwirtschaftlichen Betriebes erleidet.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Änderung des Gebietswasserhaushaltes oder des Abflussverhaltens der Marka sowie der Entwässerung ist nicht beabsichtigt und auch nicht Gegenstand der Verordnung. Mit der Verordnung werden lediglich die bestehenden Verhältnisse festgeschrieben und im Sinne des Gebietsschutzes negative Veränderungen ausgeschlossen. Die vorhandenen Genehmigungen und Erlaubnisse etc. bleiben unverändert bestehen.</p> <p>Ein Zustimmungsvorbehalt zu Unterhaltungsmaßnahmen ist auch in der bestehenden Verordnung NSG Markatal bereits enthalten.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Des Weiteren steht die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln entsprechend der derzeit geltenden gesetzlichen Regelung, insbesondere zur Bekämpfung Bonio-phythoniten unter einem Zustimmungsvorbehalt.</p> <p>Nach Auffassung des Einwenders stellt dies eine Verschärfung der bisher geltenden Regelungen dar. Der Zustimmungsvorbehalt sollte aus der Verordnung herausgenommen werden, damit eine praxisgerechte Bewirtschaftung der Flächen auch in Zukunft möglich ist.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der § 4 Abs. 4 Nr. 6 wird zur Klarstellung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ergänzt und lautet wie folgt:</p> <p>6. die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln außerhalb von landwirtschaftlich genutzten Flächen entsprechend den derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen, insbesondere auch zur Bekämpfung von Neophyten.</p> <p>Eine weitergehende Freistellung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln für z.B. Grünland kann nicht erfolgen, da das Grünland einen besonderen Stellenwert für die im Gebiet herrschenden Schutzziele hat. In diesen Bereichen ist eine Abstimmung des Einsatzes mit der zuständigen Naturschutzbehörde dringend erforderlich.</p>
<p>NABU Emsland/Grafschaft Bentheim, Haselünner Straße 15, 49716 Meppen Stellungnahme vom 17.04.2018</p>	
<p>Mit Bezug auf das Beteiligungsschreiben vom 09.03.2018 gibt der NABU-Regionalverband Emsland / Grafschaft Bentheim e.V. in dem oben genannten Verfahren sowohl im eigenen Namen als auch im Namen des NABU-Landesverbandes Niedersachsen folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Der NABU-Regionalverband wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Erhard Nerger. Der NABU-Landesverband Niedersachsen wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Holger Buschmann.</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise zu den Zuständigkeiten werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>a) Der NABU begrüßt ausdrücklich die Ausweisung des Bereichs als Naturschutzgebiet.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>b) Der Schutzzweck (§ 2) und die darin enthaltenen Erhaltungsziele sind für die Lebensraumtypen im Verordnungsentwurf umfassend formuliert. Die Erhaltungsziele für die FFH-Arten Bach- und Flussneunauge erscheinen dagegen unzureichend. Insbesondere sollte auf den Erhalt und die Entwicklung von stark überströmten Kiesbänken als Laichplatz und Feinsedimentbänken als Lebensraum für die Querder eingegangen werden. Diesbezüglich sei auf die Formulierungshilfe im Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 3/2013</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Schutzgebietsverordnung soll über den Gebietsschutz den Grundschutz unter anderem auch der Neunaugen gewährleisten und negative Veränderungen ausschließen.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>„Lebensrumsprüche, Verbreitung und Erhaltungsziele ausgewählter Arten in Niedersachsen, Teil 3: Amphibien, Reptilien und Fische“, S. 106 und 107 verwiesen.</p>	<p>An die formale Ausweisung des Gebietes schließt sich die Maßnahmenplanung an, in welcher die für eine Erhaltung der Arten notwendigen Habitatstrukturen berücksichtigt werden. Eine noch detailliertere Formulierung des Schutzzweckes in der Verordnung ist nicht erforderlich.</p>
<p>c) Die aufgeführten Verbote (§ 3) und Beschränkungen in den Freistellungen (§ 4) sind angemessen und allesamt zur Erreichung des Schutzzwecks erforderlich. Eine „Aufweichung“ dieser Formulierungen im weiteren Ausweisungsverfahren ist zu vermeiden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>d) Im Vergleich zum Entwurf der NSG-VO „Markatal bei Bischofsbrück“ ist auffällig, dass das Befahren mit Paddelbooten nicht geregelt wird. Sofern eine Paddelnutzung in dem Gewässerabschnitt möglich ist, sollte zum Schutz des Laichs der Neunaugen und der Brutvögel eine gleiche Regelung wie im NSG Markatal getroffen oder die Nutzung ganz ausgeschlossen werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Benutzung des Gewässers mit Paddelbooten ist nicht unter den Freistellungen des § 4 berücksichtigt und somit im Gebiet nicht zulässig.</p>
<p>e) Im Hinblick auf das vorgesehene Vorkaufsrecht (§ 8) ist nicht nachvollziehbar, warum dieses nur für den Landkreis Cloppenburg und nicht auch für den Landkreis Emsland eingeräumt wird, obwohl sich ein Teil des Gebietes im Bereich des Landkreises Emslandes befindet.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Landkreis Emsland wird unter § 8 der Schutzgebietsverordnung hinzugefügt und der Text des § 8 wie folgt gefasst:</p> <p>Entsprechend § 40 Abs. 1 NAGBNatSchG in Verbindung mit § 66 Abs. 4 BNatSchG wird mit dieser Verordnung für die im Landkreis Cloppenburg liegenden Flächen des NSG ein Vorkaufsrecht zugunsten des Landkreises Cloppenburg begründet. Für die im Landkreis Emsland befindlichen Flächen des NSG wird nach diesen Vorschriften ein Vorkaufsrecht zugunsten des Landkreises Emsland begründet.</p>
<p>f) Außerdem ist unverständlich, warum die Verordnung erst am 1.1.2019 Inkrafttreten soll (§ 10) und nicht bereits am Tag nach der Verkündung in Ministerialblatt und Amtsblatt.</p>	<p>Der Anregung, den Zeitpunkt der Rechtskraft der Verordnung zu ändern, wird nicht gefolgt.</p> <p>Mit dem Inkrafttreten zum 1.1.2019 können alle Verfahrensschritte abgearbeitet werden und die Verordnung im Einklang mit den landwirtschaftlichen Förderperioden in Kraft treten. Damit sollen ggf. nicht vertretbare Einschnitte für die Flächeneigentümer vermieden werden.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
Privater Einwender (Nr. 3 der Liste) Stellungnahme vom 16.04.2018	
<p>Bezugnehmend auf das Schreiben des Landkreises Cloppenburg vom 09.03.2018 teilt der Euinwender mit, dass auf seinem Grundstück ein Überwegungsrecht über die Marka besteht. Für die Überwegung war seinerzeit eine Brücke vorhanden, die jedoch derzeit aufgrund ihres maroden Zustandes nicht mehr existiert, jedoch in naher Zukunft wieder aufgebaut werden soll. Der Einwender bittet insoweit um ausdrückliche schriftliche Genehmigung durch den Landkreis Cloppenburg, dass eine derartige Maßnahme erlaubt und zulässig ist, auch wenn obige Verordnung in Kraft tritt.</p> <p>Der Einwender weist nochmals darauf hin, dass dort immer eine Brücke existiert hat, um die Überwegung möglich zu machen. Gemäß § 4 (Freistellungen) Abs. 2 ist ja in der obigen Verordnung auch ausdrücklich eine Erneuerung vorhandener Brückenbauwerke bzw. auch die Instandhaltung und Unterhaltung ausdrücklich freigestellt.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Auf den dem Landkreis Cloppenburg vorliegenden Luftbildauszügen ist die betroffene Brücke auf dem Luftbild aus dem Jahr 2002 noch ersichtlich. Auf dem Luftbild aus dem Jahr 2007 ist sie dagegen nicht mehr vorhanden, da sie offensichtlich zwischenzeitlich abgebaut oder entfernt wurde. Insofern finden § 4 Abs. 2 Ziffern 2 und 3 für diese ehemalige Brücke keine Anwendung, da sie nicht mehr bestehend bzw. vorhanden ist.</p> <p>Dem Landkreis liegt derzeit kein Bauantrag für eine Brücke im Bereich des benannten Grundstückes vor. Eine Genehmigung des Vorhabens im Rahmen der Aufstellung einer Schutzgebietsverordnung ist nicht möglich. Soweit die Brücke wieder errichtet werden soll, wären hierfür die notwendigen Genehmigungen unter Einhaltung der geltenden Rahmenbedingungen einzuholen, insbesondere ist hierfür das erforderlichen Befreiungsverfahren (§ 5 der Verordnung) durchzuführen.</p> <p>Die gewünschte ausdrückliche schriftliche Genehmigung des Landkreises Cloppenburg, dass eine derartige Maßnahme erlaubt und zulässig ist, auch wenn die NSG-Verordnung in Kraft ist, wäre daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt unzulässig.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Landesfischereiverband Weser-Ems e.V., Mars-La-Tour-Str. 6, 26121 Oldenburg Stellungnahme vom 10.04.2018</p>	
<p>Der Sportfischerverband im Landesfischereiverband Weser-Ems e.V. hat grundsätzlich keine Bedenken gegen die Ausweisung des genannten Naturschutzgebietes.</p>	<p>Der Hinweis, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Zu dem § 4 „Freistellungen“ wird wie folgt Stellung genommen: Die Durchführung der Elektrofischerei auch unter Zuhilfenahme eines Bootes (so weit aufgrund der Gewässerbeschaffenheit erforderlich) ist ganzjährig freizustellen. Hintergrund ist das essentielle Monitoring zur Beobachtung und Entwicklung der Fischbestände insbesondere der Langdistanzwanderfische sowie der Rundmäuler.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt. Der § 4 Abs. 3 Nr. 1 wird wie folgt ergänzt: 4. „Das Betreten und Befahren des Gebietes einschließlich des Gewässers durch Bedienstete der Naturschutzbehörden oder anderer Behörden und öffentlicher Stellen sowie deren Beauftragte zu Zwecken der Untersuchung, der Kontrolle und des Monitorings des Gebietes,“</p>
<p>Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Im Geozentrum Hannover, Stilleweg 2, 30655 Hannover Stellungnahme vom 04.05.2018</p>	
<p>Aus Sicht des Fachbereiches Hydrogeologie wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Auf die Wassergewinnungen durch den 00WV sowie den WV Hümmling im Gebiet des Eleonorenwaldes wird hingewiesen. Aus Sicht des Fachbereiches Geologie/Boden wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Um spätere Missverständnisse zu vermeiden, müssen unter „Freistellungen“ die Begehung und Durchführung geowissenschaftlicher Untersuchungen zum Zweck der amtlichen Geologischen Landesaufnahme (Sondierbohrungen, flache Schürfe, ...) aufgenommen werden. Diese Aktivitäten müssen auch ohne die vorherige Einholung von Erlaubnissen grundsätzlich genehmigt sein. Wir empfehlen die Verwendung des Satzes „Freigestellt sind: Maßnahmen zur</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Der Landkreis Cloppenburg muss als für das NSG zuständige Behörde über Tätigkeiten im Gebiet Kenntnis haben um z.B. Anfragen aus der Bevölkerung beantworten zu können und ggf. auch nicht legitimierte Eingriffe in die Marka bzw. das NSG von anderen, legitimierten unterscheiden zu</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Durchführung geowissenschaftlicher Untersuchungen zum Zwecke der amtlich geologischen und bodenkundlichen Landesaufnahme". Weitere Anregungen oder Bedenken aus Sicht unseres Hauses bestehen unter Bezugnahme auf unsere Belange nicht.</p>	<p>können. Eine Belastung über Gebühr kann im Anzeigeverfahren nicht gesehen werden, da dieses auch elektronisch oder telefonisch durchgeführt werden kann.</p>
<p>Landkreis Emsland, Fachbereich Kultur Ordeniederung 1, 49716 Meppen Stellungnahme vom 24.04.2018</p>	
<p>Unter Bezugnahme auf die Anfrage vom 13.04.2018 teilt der Landkreis Emsland mit, dass gegen das geplante Vorhaben aus denkmalrechtlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken bestehen.</p>	<p>Der Hinweis, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>In dem gekennzeichneten Bereich sind derzeit keine Bau- oder Bodendenkmale im Sinne des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) ausgewiesen. Inwieweit archäologische Fundstücke / Bodendenkmale im Boden verborgen sind, kann im Voraus jedoch nicht geklärt werden. Aus diesem Grunde wird gebeten, folgende Hinweise in die Plangenehmigung aufzunehmen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Sollten bei Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen (§ 14 Abs. 1 NDSchG).2. Bodenfunde und Fundstellen sind bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet (§ 14 Abs. 2 NDSchG). <p>Tel.-Nr. der Unteren Denkmalschutzbehörde: (05931) 44 - 4039 oder 44 - 4041.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Mit dem rein formalen Ausweisungsverfahren sind keine Projekte verbunden oder werden zugelassen, die geeignet sind, dem Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz zu widersprechen.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise Nr. 1 und 2 sind für das Ausweisungsverfahren nicht relevant und werden daher nicht in die Verordnung aufgenommen.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Landessportbund Niedersachsen e.V., Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10, 30169 Hannover Stellungnahme vom 08.05.2018</p>	
<p>Vielen Dank für die Möglichkeit, die Bedenken und Hinweise des Landessportbundes zu oben genanntem Vorhaben äußern zu können. Dem kommt dieserr hiermit mit dem Deutsche Aero Club Landesverband Niedersachsen e.V. nach: § 3(1) Pkt. 15 Zum vorgesehenen Verbot, das NSG mit unbemannten Luftfahrzeugen zu überfliegen gibt der Landessportbund zu Bedenken, wie dies in der Praxis nachvollziehbar und damit umsetzbar ist. Wie erkennt der jeweilige Betreiber (z.B. auch Kinder), ob er ein NSG tangiert bzw. überfliegt? Hier sollte insbesondere vor dem Hintergrund des § 9 auf die Umsetzbarkeit in der Praxis geachtet werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausweisung eines Naturschutzgebietes wird zum einen in der Presse und öffentlichen Verkündungsblättern bekannt gemacht und zum anderen werden die Gebiete durch Schilder gekennzeichnet. Soweit ein Fluggerät betrieben werden soll, liegt es dann in der Verantwortung des Betreibers, sich über die Rahmenbedingungen im NSG kundig zu machen.</p>
<p>Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Große Straße 14, 26891 Aschendorf Stellungnahme vom 09.05.2018</p>	
<p>Neben dem allgemeinen Schutzzweck ist zur Sicherung des FFH-Gebietes „Markatal mit Bockholter Dose“ die Ausweisung des NSG „Markatal bei Bischofsbrück“ geplant. Das Gebiet beinhaltet eine Fläche von ca. 97 ha und umfasst den Gewässerlauf und die angrenzende Au Landschaft.</p>	<p>Entgegen den nebenstehenden Darstellungen, bezieht sich die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer inhaltlich auf die Ausweisung des Schutzgebietes „Markatal“.</p>
<p>Die Marka ist ein wichtiger Vorfluter. Zur Sicherung des Wasserabflusses ist die schonende Gewässerunterhaltung nach vorheriger Zustimmung der Naturschutzbehörde freigestellt. Jedoch gibt es hierfür einige Vorgaben und Einschränkungen bezüglich Durchführung. Aufgrund der Bedeutung der Marka für die Entwässerung der landwirtschaftlichen Flächen muss der Wasserabfluss sichergestellt werden. Eine Abstimmung mit dem Wasser- und Bodenverband wird für erforderlich gehalten.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Veränderung der Gebietswasserstände oder des Abflussverhaltens der Marka ist nicht Gegenstand der Schutzgebietsverordnung. Vielmehr bleiben entsprechend § 3 Abs. 3 der Verordnung bestehende, rechtmäßige behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse und sonstige Verwaltungsakte unberührt.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
	Neben der im Ausweisungsverfahren erfolgten Abstimmung hinsichtlich der Festlegungen der Schutzgebietsverordnung werden auch zukünftige Unterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Erarbeitung des Unterhaltungsplanes mit dem Unterhaltungsverband abgestimmt. Die Sicherung des Wasserabflusses ist somit gewährleistet.
Ansonsten bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen die o.g. Ausweisung des Naturschutzgebietes.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Es wird gebeten, die vorgenannten Vorschläge, Hinweise und Anregungen in den Verordnungstext zu übernehmen bzw. zu berücksichtigen.	Die Bitte wird zur Kenntnis genommen und entsprechend den obigen Ausführungen berücksichtigt.
Zum o.g. Vorhaben gibt es seitens des Forstamtes Weser-Ems folgende Hinweise zur Veränderung des Verordnungstextes: §1 (4): Das Kartenmaterial muss im Maßstab 1: 5.000 angefertigt werden, um die Besitzverhältnisse/Grenzen eindeutig erkennen zu können.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Zu den verwendeten Karten ist zunächst anzumerken, dass in diesen Karten (AK 5 = Amtliche Karte im Maßstab 1:5.000) die Flurstücksgrenzen generalisiert dargestellt sind und lediglich über die Flurstücksstruktur informieren. Eine Handlungsanweisung in Form eines Gesetzes oder einer Verordnung zum Maßstab der Verordnungskarten existiert nicht. Die Kartengrundlage entspricht der AK 5 (Maßstab 1:5.000) welche für die Verordnung verkleinert auf 1:10.000 dargestellt wird. In den Karten sind somit die gleichen Darstellungen und Inhalte vorhanden wie in der Karte im Maßstab 1:5.000. Der Maßstab spielt insofern hinsichtlich der kartographischen Inhalte keine Rolle, es wurde jedoch der für die Ausweisung praktikablere Maßstab gewählt.
§3(1) Punkt 10: Dieser Punkt kann gestrichen werden, da es hierzu bereits Regelungen im NWaldLG gibt.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Durch das Verbot soll ganz klar herausgestellt werden, dass eine Umwandlung nicht dem Schutzziel entspricht und somit nicht genehmigungsfähig ist. Die Schutzgebietsverordnung steht somit als öffentlicher Belang einer möglicherweise ohne Verordnung genehmigungsfähigen Umwandlung entgegen.

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>§4 (6) Punkt 3: Vorhandene Wildäsungsflächen und Wildäcker müssen erhalten bleiben dürfen (Bestandsschutz).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bestandsschutz der Wildäsungsflächen ist sowohl über das NWaldLG als auch über die Verordnung in § 4 Abs. 1 Nr. 2 sichergestellt. Nach den Ausführungen des NWaldLG gehören derartige Wildäsungsflächen zum Wald, so dass das unter § 3 Abs. 1 Nr. 10 formulierte Verbot nicht greift.</p>
<p>Kreislandvolkverband Cloppenburg e.V., Löninger Straße 66, 49661 Cloppenburg Stellungnahme vom 26.04.2018</p>	
<p>Es wird grundsätzlich bezweifelt, dass es für die geplante Ausweisung einen Bedarf gibt. Zum einen ist nicht hinreichend belegt, dass die zu schützenden Arten, zum Zeitpunkt der Meldung des in Frage kommenden Gebietes in den Gewässern vorgekommen sind, zum anderen ist ein Schutz durch ein Naturschutzgebiet nicht notwendig, da, falls es die zu schützenden Arten in den Gewässern gibt, diese Arten auch trotz der bisherigen Unterhaltungen ihren Platz gefunden und behalten haben.</p> <p>Insofern besteht nach Auffassung des Kreislandvolkverbandes kein Bedarf für die Ausweisung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Meldung des FFH – Gebietes „Markatal mit Bokholter Dose“ an die europäische Union erfolgte durch das Land Niedersachsen bzw. die Bundesrepublik Deutschland. Die Bewertung und Auswahl der Gebiete wurde somit ebenfalls von dort vorgenommen.</p> <p>Im Rahmen der nachfolgend durch den NLWKN in Auftrag gegebenen Basisdatenerfassung wurde der zur Ausweisung vorgesehene Flusslauf dem Lebensraumtyp 3260 „Fließgewässer mit flutender Vegetation“ zugewiesen, so dass die Meldung grundsätzlich gerechtfertigt ist.</p> <p>Des Weiteren dient die Meldung bzw. die Ausweisung des Schutzgebietes auch dem Schutz und der Erhaltung einer dauerhaft überlebensfähigen Population der Bach- und Flussneunaugen. Der Nachweis über das Vorhandensein dieser Arten wird regelmäßig durch das LAVES im Rahmen des Gewässermonitorings erbracht, so dass auch damit die Voraussetzungen für die Zuordnung des Gebietes als schützenswert nach der FFH-Richtlinie erfüllt werden. Es sind sowohl ein Lebensraumtyp des Anhang I als auch Arten des Anhangs II der FFH Richtlinie vorhanden.</p> <p>Im Rahmen des Ausweisungsverfahrens wurde sowohl durch das LAVES als Fachbehörde als auch durch externe Gutachter auf die deutlichen Beeinträchtigungen des Gewässers durch unangepasste Unterhaltung hingewiesen.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
	Insgesamt wurde die fachliche Richtigkeit der Meldung des Gebietes mehrfach bestätigt, so dass die Ausweisung entsprechend der europarechtlichen Vorgabe in Verbindung mit den nationalen naturschutzrechtlichen Vorschriften unverändert fortzuführen ist.
<p>An der Marka wirtschaften viele landwirtschaftliche Betriebe, die in den jetzt zur Ausweisung vorgesehenen Gebieten ihre Flächen haben bzw. außerhalb dieser Gebiete wirtschaften. Es ist durch die Verordnungen auf jeden Fall sicherzustellen, dass eine landwirtschaftliche Nutzung, so wie sie bisher erfolgt, auch weiterhin betrieben werden kann.</p> <p>Soweit Zustimmungsvorbehalte vorgesehen sind, insbesondere im Bereich der Sohlräumung, sind diese noch einmal im Hinblick auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Änderung des Gebietswasserhaushaltes oder des Abflussverhaltens der Marka sowie die Entwässerung ist nicht beabsichtigt und auch nicht Gegenstand der Verordnung. Mit der Verordnung werden lediglich die bestehenden Verhältnisse festgeschrieben und im Sinne des Gebietsschutzes negative Veränderungen ausgeschlossen. Die vorhandenen Genehmigungen und Erlaubnisse etc. bleiben unverändert bestehen.</p> <p>Ein Zustimmungsvorbehalt zu Unterhaltungsmaßnahmen ist auch in der bestehenden Verordnung bereits enthalten.</p>
<p>OOWV, Georgstraße 4, 26919 Brake Stellungnahme vom 25.04.2018</p>	
<p>Im Bereich der geplanten Maßnahme befinden sich Versorgungsanlagen des OOWV.</p> <p>Diese dürfen weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke, außer in Kreuzungsbereichen, überbaut werden.</p> <p>Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW Arbeitsblatt W 400-1 Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Außerdem weist der OOWV darauf hin, dass die Versorgungsleitungen nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, wird der Landkreis Cloppenburg gebeten, ggf. für die betroffenen Leitungen ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen.</p> <p>Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</p> <p>Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsanlagen in dem anliegenden Lageplan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage gibt dem Landkreis Cloppenburg der</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Durch die Verordnung werden keine baulichen Anlagen etabliert oder genehmigt, weiterhin werden auch keine Bepflanzungsmaßnahmen vorgesehen. Die nebenstehenden Anmerkungen sind für die Schutzgebietsausweisung insofern nicht relevant und werden ggf. in der folgenden Maßnahmenplanung berücksichtigt.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
Dienststellenleiter Herr Averbek von unserer Betriebsstelle in Thülsfelde, Tel: 04495 / 924111, in der Örtlichkeit an.	
<u>Grundwasserschutz:</u> Das NSG liegt teilweise im Wassergewinnungsgebiet des OOWV-Wasserwerkes Thülsfelde. Grundsätzlich geht der OOWV davon aus, dass auch in Zukunft die Grundwasserentnahme für die öffentliche Wasserversorgung durch die Ausweisung des NSG nicht beeinträchtigt wird. Die Anregungen, die der OOWV in der ersten Phase der Konsultation an den Landkreis Cloppenburg gegeben haben, sind bei der Formulierung der Verbote berücksichtigt worden. Insofern hat der OOWV bezüglich der geplanten Verordnung keine weiteren Anmerkungen.	Der Hinweis, dass keine weiteren Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
NLWKN – Betriebsstelle Cloppenburg, Drüdingstraße 25, 49661 Cloppenburg Stellungnahme vom 03.05.2018	
Die Unterlagen zum o.g. Antrag hat der NLWKN geprüft. Seitens des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstellen Cloppenburg und Meppen (GB III) und Oldenburg (GB IV und GB VII), werden folgende Hinweise gegeben: Im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange weist der NLWKN darauf hin, dass sich im Bereich des Vorhabens zwei Landes Biologie Messstellen befinden, die vom NLWKN betrieben werden. (s. Übersichtskarte). Diese Messstellen dienen der Gewässerüberwachung und sind von erheblicher Bedeutung für das Land Niedersachsen. Die Landesmessstellen dürfen in ihrer Funktionalität durch die Planungen / das Vorhaben nicht beeinträchtigt werden. Für Rückfragen steht dem Landkreis Cloppenburg Herr Klaus, Tel. 04471/886-133, gerne zur Verfügung.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die nebenstehend benannten Messstellen dienen dazu, den im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie definierten Verpflichtungen zum Gewässermonitoring nachzukommen. Das Monitoring stellt insofern eine öffentliche Aufgabe dar. Die Einrichtung und der Betrieb der Messstellen sind nicht von den Verbotstatbeständen der Verordnung erfasst, ggf. ist für die Errichtung zusätzlicher notwendiger baulicher Anlagen die Erteilung einer naturschutzrechtlichen Befreiung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens notwendig. Des Weiteren ist die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, zu deren Durchführung eine rechtliche Verpflichtung besteht, generell bzw. nach Anzeige an die Naturschutzbehörde freigestellt.

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Das Vorhaben befindet sich teilweise in einem Wasserschutzgebiet, siehe Übersichtskarte. Hier sollte eine rechtzeitige Abstimmung mit der zuständigen unteren Wasserbehörde erfolgen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Abstimmung mit den Belangen des Wasserschutzes hat im Rahmen des Ausweisungsverfahrens stattgefunden.</p>
<p>Sollte das Planvorhaben zu wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt führen, geht der NLWKN von einer Beteiligung als Gewässerkundlicher Landesdienst (GLD) aus. Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des GLD.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Änderung des Gebietswasserhaushaltes oder des Abflussverhaltens der Marka ist nicht beabsichtigt und daher auch nicht Gegenstand der Schutzgebietsverordnung.</p>
<p>Als Fachbehörde für Naturschutz erhält der Landkreis Cloppenburg folgende Vorschläge, Hinweise und Anmerkungen:</p> <p>zu § 2 Abs. 1 Die Formulierung des Schutzzweckes ist unzureichend. Im allgemeinen Schutzzweck müssen alle schutzwürdigen Biotoptypen und Arten angesprochen werden, soweit sie keine FFH-Schutzgüter sind. Hier z.B. Erlenbruchwälder, Sümpfe, Röhrichte, Feuchtgebüsche.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Eine Auflistung aller Biotoptypen würde den Rahmen der Schutzgebietsverordnung sprengen und wäre zudem auch nicht sachgerecht, da über den reinen Biotopschutz weitere übergeordnete Ziele wie z.B. der Gewässerschutz bestehen. Dieses Ziel wird z.B. in § 2 Abs. 4 formuliert.</p>
<p>zu § 2 Abs. 3 Aus Sicht des Biotopschutzes sind die Formulierungen der Erhaltungsziele für die LRT insgesamt zu allgemein gehalten und bilden die Besonderheiten des Gebietes nicht ausreichend ab. Sie sollten auf der Grundlage der vorliegenden Basiserfassung überarbeitet werden.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Zielformulierungen für die Lebensraumtypen wurden der Arbeitshilfe des NLWKN zu den Lebensraumtypen entnommen. Eine Ergänzung der im Standarddatenbogen benannten Lebensraumtypen durch die mit der Basisdatenerfassung zusätzlich vorgefundenen Lebensraumtypen ist erfolgt.</p>
<p>Vorschlag: Bei der Formulierung der Lebensraumtypen sollten generell besonders typische und wertbestimmende Arten mit genannt werden.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Auf eine Benennung der Arten wird verzichtet, um eine Entwicklung der Lebensräume zu berücksichtigen die ggf. andere Arten aufweist.</p> <p>Eine Überarbeitung ist somit nicht erforderlich.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
Zum LRT 9190: Gibt es überhaupt Übergangsbereiche zu Eichen-Hainbuchenwäldern im geplanten Schutzgebiet?	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Laut Basisdatenerfassung des Landes Niedersachsen und dem Standarddatenbogen des Gebiets ist der Lebensraumtyp im Gebiet vorhanden. Der Lebensraumtyp wird daher weiterhin in der Schutzgebietsverordnung gelistet.
Die Auflistung der LRT bitte ich um den LRT 7150 zu ergänzen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Bei dem Lebensraumtyp 7150 handelt es sich um Torfmoor-Schlenken mit Schnabelbinsen-Gesellschaften welcher im NSG Markatal entsprechend der Basisdatenerfassung nicht vorhanden ist. Das Vorkommen, welches zur Listung im Standarddatenbogen führte, beschränkt sich ausschließlich auf den Bereich der Bockholter Dose im Landkreis Emsland. Eine Benennung für das Gebiet des Markatals erübrigt sich somit.
zu § 3 Abs. 1 Einfügung einer Nr. 10: gentechnisch veränderte Organismen einzubringen.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Ausbringung derartiger Organismen ist in den einschlägigen Gesetzen ausreichend geregelt und bedarf daher keiner weiteren Regelung durch die Schutzgebietsverordnung. Im Übrigen kann, soweit notwendig, eine Ausbringung von gentechnisch veränderten Organismen im Gebiet auch über § 3 Abs. 1 ausgeschlossen werden.
zu § 3 Abs. 1 Nr.7 Vorschlag: Statt Verwendung des Begriffs „Boot“ die die Formulierung „das Gewässer mit Wasserfahrzeugen zu befahren“ verwenden, da auch Flöße benutzt werden könnten.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Der Begriff Wasserfahrzeuge ist zu allgemein gefasst und würde z.B. auch motorbetriebene Fahrzeuge grundsätzlich zulassen. Dieses würde dem Schutzzweck jedoch zuwiderlaufen.
zu § 3 Abs. 1 Nr. 9 Vorschlag: Tiere und Pflanzen, insbesondere nicht heimische, gebietsfremde oder invasive Arten auszubringen oder anzusiedeln	Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Ansiedlung derartiger Arten ist grundsätzlich über das Naturschutzrecht geregelt. Soweit eine Ansiedlung erfolgen soll, ist eine entsprechende Prüfung hinsichtlich der Verträglichkeit mit den Schutzgebietszielen nach § 34 BNatSchG erforderlich. Eine explizite Benennung in der Verordnung erübrigt sich somit.

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>zu § 3 Abs. 1 Nr.15 Vorschlag: im NSG und in einer Zone von 500 m Breite um das NSG herum unbemannte Luftfahrtsysteme oder unbemannte Luftfahrzeuge (z.B. Flugmodelle, Drohnen) oder Drachen zu betreiben oder mit bemannten Luftfahrzeugen (z.B. Ballonen, Hängegleitern, Gleitschirmen, Hubschraubern) zu starten und, abgesehen von Notfallsituationen, zu landen,</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>In der Verordnung ist eine Regelung bezüglich der Flugobjekte enthalten, die sich auf das Schutzgebiet selber bezieht, da dieses eindeutig durch z.B. Schilder gekennzeichnet ist. Eine Pufferzone von 500 m kann weder mit dem Schutzzweck des Gebietes gerechtfertigt werden noch zuverlässig von Privatpersonen eingehalten werden. Gleichermäßen schwierig würde sich auch die Kontrolle der Einhaltung gestalten.</p>
<p>zu § 4 Abs.2 Nr. 1 (§4 Abs. 3 Nr. 1 streichen, Anzeige des Betretens durch Bedienstete der Naturschutzbehörden?) Vorschlag: das Betreten und Befahren des Gebietes durch Bedienstete der Naturschutzbehörden sowie deren Beauftragte zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben, durch Bedienstete anderer Behörden und öffentlicher Stellen sowie deren Beauftragte zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben dieser Behörden, und die Wahrnehmung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder Verkehrssicherungspflicht</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Der Landkreis Cloppenburg muss als für das NSG zuständige Behörde über Tätigkeiten im Gebiet Kenntnis haben um z.B. Anfragen aus der Bevölkerung beantworten zu können und ggf. auch nicht legitimierte Eingriffe in die Marka bzw. das NSG von anderen, legitimierten unterscheiden zu können.</p>
<p>zu § 4 Abs. 5 Nr. 1 Aus Sicht des Biotopschutzes ist die Regelung unzureichend. Der NLWKN schlägt vor die Regelung dem § 4 Abs. 3 der aktuellen Musterverordnung des NLVVKN GB IV vom 20.02.2018 anzupassen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die in der Verordnung gewählte Formulierung entspricht den örtlichen Anforderungen an den Schutz des Gebietes sowie den Inhalten der alten NSG Verordnung. Darüber hinausgehende Verbote würden entweder leelaufen oder die Eigentumsrechte übergebührlich einschränken.</p>
<p>zu § 4 Abs. 6 Die Regelung entspricht nicht den Vorgaben des Gem. RdErl. d. MU u. d. ML v. 21. 10. 2015 — 27a/22002 07 Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten im Wald durch Naturschutzgebietsverordnung. Der NLWKN bittet darum, die Regelung entsprechend des Erlasses neu zu fassen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Im Geltungsbereich sind keine Wald-Lebensraumtypen von über einem ha Größe vorhanden. Der nebenstehend angeführte „Sicherungserlass“ findet somit keine Anwendung.</p>
<p>Der NLWKN schlägt die Ergänzung der Verordnung um einen § 8 entsprechend der Musterverordnung vor.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Regelungen bezüglich der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sind in § 7 der Verordnung bereits enthalten. Ein darüber hinausgehender Regelungsbedarf besteht nicht.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Die Begründung bittet der NLWKN sinngemäß seinen Vorschlägen zur Änderung der Verordnung anzupassen. Auf meine Anmerkungen zur Begründung der NSG VO Marka_zwischen_Markhausen und_Delschloot, die als Word-Datei angelegt ist, weist der NLWKN hin, weil sie sinngemäß auch für die Begründung zum NSG Markatal gelten.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Soweit sich Änderungen ergeben, wird die Begründung entsprechend angepasst.</p>
<p>Wasserverband Hümmling, Rastdorfer Straße 100, 49757 Werlte Stellungnahme vom 08.05.2018</p>	
<p>Der im Landkreis Emsland gelegene Teil des zur Ausweisung vorgesehenen NSG „Markatal“ ist im Versorgungsgebiet des Wasserverbandes Hümmling gelegen. Der Bereich östlich der Marka liegt im Versorgungsgebiet des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Zu der geplanten Ausweisung des Naturschutzgebietes „Markatal“ ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die für die öffentliche Trinkwasserversorgung besonders geeigneten Grundwasservorkommen des Hümmlings für die Wasserversorgung der Bevölkerung und der übrigen Abnehmer (u.a. Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft) einer besonderen Stellung bedürfen. Die besondere Eignung der Grundwasservorkommen des Hümmlings ist u. a. darin begründet, dass es sich topografiebedingt um eine überwiegend grundwasserferne Region mit Flurabständen > 5 m handelt, in der entnahmebedingt weitere Grundwasserabsenkungen keinen Einfluss auf den oberflächennahen Wasserhaushalt nehmen und somit ökologische-, land- oder forstwirtschaftliche Schäden weitgehend ausgeschlossen sind. Zudem bildet sich in dem aus überwiegend sandigen Schichten des Quartär und Tertiär bestehenden tiefgründigen Bodenprofils ein weiches Grundwasser mit geringen Eisen- und Mangangehalten, dass aufgrund seiner Beschaffenheit problemlos mit geringem Aufwand aufbereitet und in einwandfreier Qualität als Trinkwasser zur Verfügung gestellt werden kann. Daher legen die Regionalen Raumordnungsprogramme (RROP) der Landkreise Emsland und Cloppenburg den Hümmling als Vorsorgegebiet für die Trinkwassergewinnung fest, um zur Deckung des jetzigen und künftigen Bedarfes an Trinkwasser die dortigen Grundwasservorkommen zu sichern (RROP 2010 für den LK Emsland: 3.11, Ziff. 03 u. 04 und RROP 2005 für den LK Cloppenburg: D 1.7 und D 3.10.1).</p>	<p>Die Hinweise zu Bedeutung und planerischer Berücksichtigung der Grundwassergewinnung werden zur Kenntnis genommen. Auswirkungen auf das Ausweisungsverfahren ergeben sich daraus nicht.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Das geplante NSG „Markatal“ liegt östlich des Trinkwassergewinnungsgebietes Vrees/Neuvrees. Die dortige Grundwasserentnahme sowohl des OOWV als auch des Wasserverbandes Hümmling dient seit 2013 der öffentlichen Trinkwasserversorgung der Versorgungsgebiete beider Verbände sowohl im Landkreis Emsland als auch im Landkreis Cloppenburg. Beide Verbände haben in diesem Gewinnungsgebiet für sich jeweils eine Genehmigung zur Grundwasserentnahme von 2,2 Mio. m³/Jahr. Die prognostizierte Reichweite der Grundwasserabsenkung (0,30 m Absenklinie) bei einer Entnahmemenge von zusammen 4,4 Mio. m³/Jahr reicht teilweise bis zu ca. 180 m an das geplante NSG heran.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Soweit der Absenkungstrichter nur an das Schutzgebiet heranreicht, sind keine grundsätzlichen Konflikte mit den Schutzzieleen ersichtlich.</p>
<p>Die mit der Grundwasserentnahme einhergehende Grundwasserabsenkung ist zur Sicherstellung der öffentlichen Trinkwasserversorgung entgegen den Schutzbestimmungen des § 3 in Verbindung mit den Schutzzwecken gemäß § 2 der geplanten Verordnung als vorrangig anzusehen. Daher müsste folgende Freistellung in § 4 dieser Verordnung mit aufgenommen werden: <i>„Freigestellt ist die Grundwasserentnahme im Gewinnungsgebiet Vrees/Neuvrees zur Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung.“</i> Den erforderlichen Vorrang einer problemlosen uneingeschränkten Entnahme des einmalig guten Grundwassers des gesamten Hümmlings vor allem für kommende Generationen möchte der Wasserverband Hümmling abschließend noch einmal betonen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Soweit eine Genehmigung etc. für die Grundwasserentnahme besteht, ist diese entsprechend § 3 Abs. 3 von den Verboten der Verordnung unberücksichtigt.</p> <p>Eine generelle Freistellung der Wasserentnahme zur Trinkwasserversorgung ohne Mengenangabe und zeitliche Beschränkung kann nicht erfolgen. Generell soll der Erhalt des Schutzgebietes, welches maßgeblich auch durch die Feuchteverhältnisse geprägt wird, gewährleistet sein.</p> <p>Soweit – wie durch den Wasserverband Hümmling dargelegt – die Absenkungstrichter außerhalb des Schutzgebietes liegen und lediglich das Grundwasser in Bodenfernen Schichten, außerhalb des Pflanzenverfügbaren Bereiches abgesenkt wird, sind zu diesem Zeitpunkt und den verfügbaren Hintergrundinformationen auch für eine Verlängerung der Genehmigung keine grundsätzlichen Versagensgründe ersichtlich</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
WSG Hümmling Ost, Vorsitzender Hubertus Nordmann, Oldenkamp 23, 49757 Werlte Stellungnahme vom 11.05.2018	
<p>Die WSG Hümmling Ost nimmt zum geplanten Vorhaben wie folgt Stellung: Aus Sicht des WSG Hümmling Ost sind 3 Punkte im Verordnungstext verbesserungswürdig. Diese hat der WSG Hümmling Ost im Anhang beigefügt. Zudem dürfen landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe keine zusätzlichen Einschränkungen durch die Ausweisung erfahren.</p> <p>Im Anhang wie besprochen die Verordnungstexte. Das NSG Markatal ist Teilgebiet des FFH Gebietes „Markatal mit Bockholter Dose“. Weitere Naturschutzgebiete in diesem FFH-Gebiet sind u.a. „Oberlauf der Marka/Mittelradde“ und „Markatal bei Bischofsbrück“ (siehe Anhang). Im jetzigen Verfahren geht es um das NSG „Markatal“. Nur in diesem NSG ist Wald, in einem sehr kleinen Umfang, vorhanden.</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erhebliche oder entschädigungspflichtige Eingriffe werden durch die Verordnung nicht verursacht. Des Weiteren lagen die Flächen bisher auch in einem Naturschutzgebiet, darüber hinausgehende Einschränkungen sind durch die Neuverordnung nicht vorgesehen.</p>
<p>Hier ein paar kleine Anmerkungen zum Verordnungstext „Markatal“: - §1 (4): Das Kartenmaterial muss im Maßstab 1:5000 angefertigt werden, um die Besitzverhältnisse/Grenze besser erkennen zu können.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Zu den verwendeten Karten ist zunächst anzumerken, dass in diesen Karten (AK 5 = Amtliche Karte im Maßstab 1:5.000) die Flurstücksgrenzen generalisiert dargestellt sind und lediglich über die Flurstücksstruktur informieren.</p> <p>Eine Handlungsanweisung in Form eines Gesetzes oder einer Verordnung zum Maßstab der Verordnungskarten existiert nicht. Die Kartengrundlage entspricht der AK 5 (Maßstab 1:5.000) welche für die Verordnung verkleinert auf 1:10.000 dargestellt wird. In den Karten sind somit die gleichen Darstellungen und Inhalte vorhanden wie in der Karte im Maßstab 1:5.000. Der Maßstab spielt insofern hinsichtlich der kartographischen Inhalte keine Rolle, es wurde jedoch der für die Ausweisung praktikablere Maßstab gewählt.</p>
<p>- §3 (1) 10: Dieser Punkt kann gestrichen werden, da es hierzu bereits Regelungen im NWaldG gibt</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
	<p>Durch das Verbot soll ganz klar herausgestellt werden, dass eine Umwandlung nicht dem Schutzziel entspricht und somit nicht genehmigungsfähig ist. Die Schutzgebietsverordnung steht somit als öffentlicher Belang einer möglicherweise ohne Verordnung genehmigungsfähigen Umwandlung entgegen.</p>
<p>- §4 (6) 3: Vorhandene Wildäsungsflächen und Wildäcker müssen erhalten bleiben dürfen</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bestandsschutz der Wildäsungsflächen ist sowohl über das NWaldLG als auch über die Verordnung in § 4 Abs. 1 Nr. 2 sichergestellt. Nach den Ausführungen des NWaldLG gehören derartige Wildäsungsflächen zum Wald, so dass das unter § 3 Abs. 1 Nr. 10 formulierte Verbot nicht greift.</p>
<p>Friesoyther Wasseracht, Huntestraße 16, 26169 Friesoythe Stellungnahme vom 09.05.2018</p>	
<p>Der Landkreis Cloppenburg beabsichtigt die Marka vom Oberlauf bis zur Mündung des Delschloots aufgliedert in vier Teilgebiete als Naturschutzgebiet auszuweisen. Die Ausweisung erfolgt in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Umweltministerium und dem Niedersächsischen Landkreistag, um Anforderungen der Europäischen Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) nachzukommen.</p>	<p>Die nebenstehenden Aussagen sind zutreffend.</p>
<p>Die Marka ist ein Gewässer II. Ordnung, das an der Mündung des Delschloots ein oberirdisches Einzugsgebiet von etwa 7200ha aufweist. Die Marka wurde in den 1970er Jahren durch die Friesoyther Wasseracht auf weiten Strecken ausgebaut. Nicht ausgebaut wurde der hier zu Rede stehende Abschnitt, der bereits seit 1984 als Naturschutzgebiet festgesetzt wurde.</p> <p>Grundsätzlich wird auch dieser Gewässerabschnitt von der Friesoyther Wasseracht entsprechend der gesetzlichen Vorgaben unterhalten. In der Praxis stellt sich die Unterhaltung in diesem Abschnitt jedoch anders als an ausgebauten Abschnitten dar. Im geringen Umfang wird eine Handräumung ausgeführt. Es wird zudem kontrolliert, ob durch umgestürzte Bäume der Wasserabfluss im besonderen</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erfahrungen haben in der Vergangenheit jedoch belegt, dass in Ausnahmefällen ein unbürokratisches Handeln notwendig sein kann, um wasserbauliche Zustände zu beheben, die ansonsten eine Gefährdung für die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen oder aber die Schutzgüter darstellen bzw. zu einer vorübergehenden Beeinträchtigung derer führen könnten. Die Verordnung wird daher in § 4 Abs. 4 Nr. 1e) wie folgt ergänzt:</p> <p>e) sonstige unaufschiebbare wasserbauliche Maßnahmen,</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Maße beeinträchtigt wird. Die Gehölzarbeiten werden in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde durchgeführt. Maßgeblich ist, dass oberhalb dieses Abschnitts sich keine zusätzlichen Rückstauwirkungen einstellen.</p>	
<p>Die Bekämpfung von Neozoen und Neophyten darf durch die Verordnung nicht erschwert werden.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Soweit mit der Nennung der Neozoen insbesondere auf Nutrias angespielt wird, unterliegen diese dem Jagdrecht und können weiterhin gejagt werden. Eine diesbezügliche Einschränkung sieht die Verordnung nicht vor. Auch die Bekämpfung sonstiger Schadtiere kann über die Jagd erfolgen oder auf dem Wege einer Befreiung im Bedarfsfall zugelassen werden.</p> <p>Zur Bekämpfung von Neophyten ist die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln nach Zustimmung durch die Naturschutzbehörde freigestellt, so dass auch hier keine Erschwernisse zu sehen sind. Grundsätzlich ist deren Bekämpfung jedoch auch als Pflege- und Entwicklungsmaßnahme zur Sicherung und Erhaltung des Gebietes zu sehen, so dass auch die dafür vorgesehene Freistellung greift (§ 4 Abs. 8 der NSG VO).</p>
<p>Die Nutzung von Drohnen nimmt auch im Bereich der Wasserwirtschaft zu. Insbesondere nach extremen Wetterlagen kann dadurch eine Schadensaufnahme wirtschaftlicher und umweltverträglicher als die herkömmliche Begehung sein. Durch eine Ergänzung des §4 Abs.4 sollte für derartige Fälle vorgesorgt werden.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Zur Klarstellung des Drohneneinsatzes wird der § 4 Abs. 3 Nr. 4 um die Wasserwirtschaft ergänzt und lautet dann wie folgt:</p> <p>„die Benutzung von Drohnen aus forst- und landwirtschaftlichen sowie wasserwirtschaftlichen Gründen oder zum Monitoring außerhalb der Brut- und Setzzeit vom 15.02. bis 15.07“</p> <p>Des Weiteren wird der § 4 Abs. 4 um eine Nr. 7 ergänzt:</p> <p>„die Benutzung von Drohnen aus unaufschiebbaren Gründen innerhalb der Brut- und Setzzeit vom 15.02. bis 15.07“</p>
<p>Die Stadt Friesoythe und die Gemeinde Vrees erhalten Durchschriften dieses Schreibens.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
Stadt Friesoythe, Alte Mühlenstraße 12, 26169 Friesoythe Stellungnahme vom 09.05.2018	
<p>Die Marka dient als Vorflut für die städtische Oberflächenentwässerung der Ortschaft Markhausen. Das anfallende Oberflächenwasser von Straßen, Wegen, Plätzen und Gebäuden wird größtenteils über die städtische Regenwasserkanalisation in die Marka entwässert. Eine Regenwasserreinigungsanlage ist nicht vorhanden.</p> <p>Der Ausbau des Regenwasserkanalnetzes sowie eine weitere bauliche Entwicklung der Ortschaft Markhausen muss weiterhin gewährleistet sein, d. h. die Marka muss auch weiterhin in ihrer Funktion als Vorfluter für die Ortschaft verfügbar bleiben und das anfallende Oberflächenwasser aufnehmen. Eine Versickerung ist größtenteils aufgrund der festgesetzten Trinkwasserschutzgebiete nicht möglich bzw. nicht zulässig. Außerdem sind in großen Bereichen des Ortskernes die Flu- rabstände zum Grundwasser nicht ausreichend um eine Versickerung des Oberflächenwassers sicherzustellen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Verfügbarkeit der Marka als Vorfluter wird durch die Regelungen der Verordnung nicht beeinträchtigt.</p>
<p>Weiterhin nimmt die Stadt Friesoythe Bezug auf die von der Friesoyther Wasseracht als für die Marka zuständiger Unterhaltungsverband abgegebene Stellungnahme. Die vorgebrachten fachlichen Argumente und Bedenken hinsichtlich der ordnungsgemäßen und ausreichenden Unterhaltung des Gewässers sowie der Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Vorflut werden von der Stadt Friesoythe ausdrücklich unterstützt.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Veränderung der Gebietswasserstände oder des Abflussverhaltens der Marka ist nicht Gegenstand der Schutzgebietsverordnung. Vielmehr bleiben entsprechend § 3 Abs. 3 der Verordnung bestehende, rechtmäßige behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse und sonstige Verwaltungsakte unberührt. Damit ist auch der bestehende Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der Marka weiterhin gültig.</p> <p>Um die bestehenden gesetzlichen Regelungen konform umzusetzen, muss die Sohlräumung unter Zustimmung der Naturschutzbehörde durchgeführt werden. Die Zustimmung wird erteilt werden können, soweit die sich auch dem Naturschutzrecht ergebenden Anforderungen an den Artenschutz erfüllt sind. Die Beurteilung erfolgt in Abstimmung mit den Fachbehörden (LA-VES, NLWKN), so dass für den Unterhaltungsverband insoweit eine Rechtssicherheit geschaffen wird.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
	<p>Soweit in die Gewässersohle eingegriffen wird, welche sowohl als Laichplatz für die Neunaugen als auch als Lebensraum der Larven dient, muss dieses mit den Interessen des Artenschutzes vereinbar sein. Hier sind, nach dem Auslaufen der „<i>Verordnung über die allgemeine Zulassung von Ausnahmen von artenschutzrechtlichen Verboten bei Unterhaltungsmaßnahmen (Niedersächsische Artenschutz-Ausnahmeverordnung – NArtAusnVO)</i>“ am 31.07.2017 die artenschutzrechtlichen Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz anzuwenden.</p> <p>Das bedeutet, dass für Unterhaltungsmaßnahmen, die geschützte Arten beeinträchtigen können, grundsätzlich eine Ausnahme von den Bestimmungen des Artenschutzes erwirkt werden muss. Im Falle einer Sohlräumung kollidiert die Unterhaltungsmaßnahme massiv mit den Belangen des Artenschutzes (hier: Neunauge). Die Sohlräumung kann im schlechtesten Fall derartig negative Auswirkungen haben, dass die Neunaugen in dem Gewässer nicht mehr überleben können. Dies gilt für die Marka insbesondere vor dem Hintergrund der als deutlich negativ zu bewertenden sonstigen Rahmenbedingungen.</p> <p>Die grundsätzliche, sich aus den nebenstehenden Regelwerken ergebende Pflicht zur Sicherung des Wasserabflusses wird durch die Schutzgebietsverordnung nicht über die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus erschwert. Eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Regelungen wäre auch ohne Schutzgebietsverordnung notwendig.</p> <p>Eine Feinabstimmung zwischen notwendiger Unterhaltung und den Anforderungen des Arten- und Gebietsschutzes an die zukünftige Unterhaltung erfolgt daher im Einzelfall zwischen dem Unterhaltungsverband und der Naturschutzbehörde.</p>
<p>Weiterhin weist die Stadt Friesoythe auf die bevorstehende Festsetzung des Überschwemmungsgebietes für die Marka hin. Nach den derzeit vorliegenden Karten reicht das festzusetzende Überschwemmungsgebiet bei einigen Hof- und Gebäudelagen bis unmittelbar an die bestehenden Gebäude heran. Es kann nicht</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es ist nicht beabsichtigt, eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit der Marka vorzunehmen. Die überschwemmungsgefährdeten Bereiche wurden im Rahmen einer Ortsbesichtigung mit der Friesoyther Wasseracht</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>akzeptiert werden, dass durch die Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Vorfluters „Marka“ hier Verschlechterungen der Hochwasserlage eintreten und damit Hab und Gut der Anlieger akut bedroht sind und Versickerungsanlagen und Kleinkläranlagen in ihrer Funktion beeinträchtigt werden.</p>	<p>in Augenschein genommen. Sofern im Rahmen von z. B. Überflutungen Gefahrensituationen entstehen können, werden diese im Rahmen der Maßnahmenplanung berücksichtigt.</p>
<p>Landesjägerschaft Niedersachsen e.V., Kluser Straße 59, 26909 Neubörger Stellungnahme vom 08.05.2018</p>	
<p>Der Landkreis Cloppenburg beabsichtigt im Bereich des Verlaufs der Marka ein Gebiet mit einer Verordnung NSG "Markatal und Markatal bei Bischhofsbrück" als Naturschutzgebiet auszuweisen. Die Ausweisung erfolgt aufgrund von EU - Vorgaben zur Erreichung eines nach einheitlichen Schutzgebietsystems (FFH - Natura 2000).</p>	<p>Die nebenstehenden Aussagen sind nicht zutreffend. Bei den Gebieten „Markatal“ und „Markatal bei Bischofsbrück“ handelt es sich um verschiedene Gebiete, für die jeweils eine Verordnung zu erlassen ist.</p>
<p>Die Landesjägerschaft Niedersachsen wird im Rahmen des Verordnungsverfahrens als anerkannter Naturschutzverband beteiligt und nimmt zu den o.g. Verordnungsentwürfen Stellung. Die Ausweisung dieser Flächen an der Marka als Naturschutzgebiet wird von den Jägerschaften im Emsland grundsätzlich begrüßt und unterstützt. Die geplante Schutzgebietsfläche hat sich bereits als solche über lange Jahre zu einem ökologisch wertvollen Bereich entwickelt. Mit dem Schutzzweck und der Zielsetzung der Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung und Schutz von Biotopen als Lebensstätte schutzbedürftiger Tier- und Pflanzenarten hat die Fläche einen hohen Stellenwert für den Naturschutz.</p>	<p>Der nebenstehende Hinweis, dass die Ausweisung grundsätzlich begrüßt wird, wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Im § 3 des Verordnungsentwurfs werden die Verbote genannt und Handlungen aufgeführt, die zukünftig untersagt werden. Im § 3 Absatz 1 Satz 13 wird untersagt, Hunde frei laufen zu lassen. Die Landesjägerschaft Niedersachsen beobachtet vermehrt in der Brut- und Setzzeit in der Nähe von Wohnbebauungen und der Feldmark freilaufende Hunde und stellt dies auch in Schutzgebietsbereichen zunehmend fest. Daher regt sie an, in der Verordnung auch die Anbringung von Schildern mit dem Hinweis, Hunde nicht frei laufen zu lassen, aufzunehmen und Hinweisschilder an den Grenzen der Schutzgebiete aufzustellen um deutlich auf die Verbote aufmerksam zu machen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und nach Abschluss des förmlichen Ausweisungsverfahrens berücksichtigt. Die Aufnahme in die Verordnung ist nicht erforderlich. Grundsätzlich ist die Beschilderung des Gebietes vorgesehen, so dass die Gebietsgrenzen nach außen ersichtlich werden.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Im § 4 werden die Freistellungen und Regelungen einschließlich der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd aufgeführt. Für die Ausübung der Jagd werden aber gem. § 4 Absatz 7, Ausnahmen vorgenommen. Danach bleibt zwar zunächst die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd unberührt, eine Ausnahme besteht aber für die Anlegung von Fütterungen oder Kirrungen sowie die Errichtung von nicht fest mit dem Boden verbundenen Hochsitzen und Ansitzleitern. Damit sind feste jagdwirtschaftliche Einrichtungen (wie z.B. Hochsitze/Ansitzleitern) in den o. g. NSG verboten. Aus den Begründungen zu den Verordnungsentwürfen ist nicht zu erkennen, warum diese Einschränkungen erfolgen sollen. Hochsitze und Ansitzleitern sind in der Regel schon aus Sicherheitsgründen immer fest mit dem Boden verbunden.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Jagd im NSG ist grundsätzlich freigestellt, soll aber im Schutzgebiet möglichst schonend ausgeübt werden. Soweit für die Ausübung der Jagd – auch mit Blick auf die aktuell notwendig stärkere Schwarzwildjagd – die Errichtung eine Ansitzeinrichtung notwendig wird, soll gewährleistet bleiben, dass diese auch schnell und unkompliziert wieder abgebaut werden kann. Dauerhaft Einrichtungen, die fest errichtet sind, stellen auf Grund der hohen und dauerhaften Frequentierung eine Störung des Gebietes dar.</p>
<p>Die Landesjägerschaft Niedersachsen weist darauf hin, dass die Fütterung von Wild durch das Jagdrecht geregelt wird und grundsätzlich verboten ist (Ausnahme Notzeit). Die Anlegung von Kirrungen soll jedoch nicht grundsätzlich untersagt werden. Die Schwarzwildstrecken haben sich im Emsland von 2013/14 zu 2016/17. um einen deutlichen Zuwachs in nur 3 Jahren erhöht. Den Landwirten und Jagdgenossenschaften stehen ohne die mögliche Schwarzwildbejagung an Kirrungen auch vor dem Hintergrund der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest große Schäden und Kosten ins Haus.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Neben den Feuchteverhältnissen sind auch Nährstoffeinträge für die Entwicklung des Gebietes entscheidend. Die Durchführung von Fütterungen oder Kirrungen etc. führt zumindest lokal zu einer Eutrophierung und einer negativen Veränderung der Pflanzenwelt. Der Nährstoffeintrag widerspricht somit grundsätzlich den Schutzziele. Vor dem Hintergrund, dass die Fütterung / KIRRUNG auch Außerhalb des Gebietes möglich ist, wird diese daher im Gebiet im Interesse des Gebietsschutzes ausgeschlossen.</p>
<p>Die Landesjägerschaft Niedersachsen fordert in den o. g. Schutzgebieten die Freistellung der Jagd und des Jagdschutzes (i. S. von § 1 Abs. 4 und 5 des Bundesjagdgesetzes) Sie weist an dieser Stelle auf die Regelungen im Niedersächsischen Jagdgesetz zur Jagd in Naturschutzgebieten und Beschränkungen oder Verbote und auf den Gem. RdErl. D. ML u. MU v. 7.8. 2012 zur Jagd in Naturschutzgebieten hin.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Jagd ist grundsätzlich freigestellt, die vorgesehenen Einschränkungen entsprechen den Ausführungen und Beschränkungen des nebenstehend erwähnten Erlasses. Dieser liegt jedoch in einer aktualisierten Version vom 20.11.2017 vor. Nebenstehender Erlass ist in der zitierten Form nicht mehr rechtskräftig.</p>
<p>Aus der Sicht der Jägerschaften im Emsland bestehen unter Berücksichtigung der aufgeführten Hinweise zu den Verboten/Vorgaben und die Gewährleistung der ordnungsgem. Ausübung der Jagd und des Jagdschutzes keine Bedenken gegen die Entwurfsfassung der Naturschutzgebietsverordnungen "Markatal".</p>	<p>Der Hinweis, dass keine weiteren Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p>

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Eintrachtweg 19, 30173 Hannover Stellungnahme vom 16.05.2018	
Gegen die geplante Ausweisung und die Verordnung über das NSG „Markatal“ bestehen aus Sicht des LAVES - Dezernat Binnenfischerei keine Bedenken.	Der Hinweis, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Zu § 3 Abs. 1 Nr. 4: Der Fischereikundliche Dienst begrüßt die vorgesehene Freistellung der fischereilichen Nutzung in den ausgewiesenen Strecken der Marka. Aus dortiger Sicht sollte jedoch der Zusatz „...ohne die Fische anzufüttern“ entfallen, da ein Vielfaches der Nährstoffe, die durch das Anfüttern in die Marka gelangen könnten, durch die Landwirtschaft und den Zufluss von Drainagen und Seitengräben eingetragen werden. Insofern ist der Beitrag zur Eutrophierung des Gewässers durch Anfütterung so gering, dass er absolut vernachlässigbar ist. Es wird um Streichung des Zusatzes gebeten.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Es ist generell notwendig die Nährstoffzufuhr in die Marka zu beschränken. Während die Fischerei ausschließlich als Hobbyfischerei betrieben wird und einen direkten Nährstoffeintrag bedeutet werden die angrenzenden Flächen zur Sicherung des Lebensunterhaltes landwirtschaftlich bewirtschaftet. Das Interesse der Fischerei unterliegt gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Einschränkung zur Einbringung von Fischfutter und damit der Beschränkung der Nährstoffzufuhr, um den Lebensraum aus Gründen des Artenschutzes zu schützen. Ebenfalls der Reduzierung der Nährstoffeinträge gilt für die landwirtschaftliche Nutzung im Schutzgebiet zu bestimmten Zeiten das Verbot, organischen Dünger aufzubringen. Insgesamt kann somit die Nährstoffverfrachtung in das Gewässer reduziert werden.
Zu § 4 Abs. 3 Nr. 1: Aus Sicht des Fischereikundlichen Dienstes sollte das Betreten und Befahren des NSG zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben grundsätzlich freigestellt und nicht mit einem Anzeigenvorbehalt belegt werden, um bürokratische Hürden abzubauen. Dies ist auch so in der NLT-Arbeitshilfe und der NLWKN-Musterverordnung vorgesehen. Ein Anzeigen- oder sogar Zustimmungsvorbehalt ist dort nur im Falle besonders empfindlicher und störungsanfälliger NSG in Erwägung gezogen worden. Ein solcher Sachverhalt ist bei der oberen Marka und dem dortigen Einzugsgebiet mit den vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzungen objektiv nicht gegeben und ist daher mit den benannten Schutzzielen und -zwecken auch nicht begründbar.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Der Landkreis Cloppenburg muss als für das NSG zuständige Behörde über Tätigkeiten im Gebiet Kenntnis haben um z.B. Anfragen aus der Bevölkerung beantworten zu können und ggf. auch nicht legitimierte Eingriffe in die Mark bzw. das NSG von anderen, legitimierten unterscheiden zu können. Eine Belastung über Gebühr kann im Anzeigeverfahren nicht gesehen werden, da dieses auch elektronisch oder telefonisch durchgeführt werden kann.

Hinweise und Anregungen	Abwägungsvorschlag
<p>Die Auflage bedeutet für das Dezernat Binnenfischerei ein vermeidbares Erschwernis, da für Befischungen im Rahmen des dem Fischereikundlichen Dienstes als verpflichtende Landesaufgabe übertragenen, regelmäßig durchzuführenden WRRL- und FFH-Fischartenmonitorings ein zusätzlicher Aufwand erforderlich würde.</p> <p>Es wird gebeten zu berücksichtigen, dass der Fischereikundliche Dienst pro Berichtszeitraum landesweit regelmäßig etwa 100 FFH-Gebiete fischereilich zu monitoren hat, die alle sukzessive als NSG ausgewiesen wurden oder noch werden. Viele Landkreise würdigen diesen Sachverhalt in den NSG-VO durch den Verzicht auf eine Anzeige vor dem Betreten und Befahren, sodass der Verwaltungsaufwand deutlich vermindert werden kann. Der Vorbehalt sollte daher gänzlich aufgehoben, bzw. das LAVES — Dezernat Binnenfischerei explizit unter § 4 Abs. 3 Nr. 1 davon befreit werden.</p> <p>Bezüglich des Befahrens der Marka mit Booten, das im NSG gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 7 verboten werden soll, ist eine Freistellung für die Durchführung von Elektrobefischungen im Rahmen des WRRL- und FFH-Fischartenmonitorings erforderlich, da die Nutzung eines Bootes in manchen Gewässerabschnitten unerlässlich ist. Insofern sollte diesbezüglich eine Freistellung des Befahrens der Marka mit Booten für das Fischartenmonitoring ohne Zustimmungs- und Anzeigenvorbehalt in die VO aufgenommen werden.</p>	<p>Des Weiteren können auch von anderen Stellen Monitoringmaßnahmen durchgeführt werden, die ggf. untereinander koordiniert werden können um Synergieeffekte nutzen zu können.</p> <p>Die Musterverordnung sieht ggf. eine andere Regelung vor, ist jedoch nur ein Vorschlag für den Verordnungstext und kein bindender Erlass. Insofern besteht keine Verpflichtung der ausweisenden Behörde, diese Regelung zwingend zu übernehmen. Da die Naturschutzbehörde wie oben ausgeführt anderer Auffassung ist und eine andere Regelung bevorzugt, um die naturschutzrechtlichen Interessen ausreichend berücksichtigen zu können, wurde insoweit von dem Text der Musterverordnung abgewichen.</p> <p>Der Anzeigevorbehalt zu Monitoringmaßnahmen wird daher beibehalten.</p>